

# Der gerechte, konsequente Weg zum Klimaschutz -

durch die Ausgabe von Energieressourcengeld an alle Endverbraucher/innen

Franz Groll

(mail: [Franz.Groll@gmx.de](mailto:Franz.Groll@gmx.de) ; Homepage: [www.FranzGroll.de](http://www.FranzGroll.de) )

## **Vorwort und Zusammenfassung**

Der hier beschriebene Lösungsvorschlag zur Verhinderung eines extremen Klimawandels beruht auf der Basis der Vorschläge von Prof. Herman E. Daly (USA), Prof. Hans Peter Aubauer (Wien) und David Flemming (UK). Er verbindet in geradezu idealer Weise die beiden wichtigsten Zielsetzungen: Hohe Wirksamkeit und soziale Ausgewogenheit. Diese Ziele werden durch die Einführung von Energieressourcengeld (ERG) als parallele Währung zum Euro erreicht, mit dem die Unternehmen die Entnahme von Energieressourcen aus der Natur bezahlen müssen. Das dafür erforderliche ERG erhalten sie von ihren Abnehmern und letztendlich von den Endverbraucher/innen, diese wiederum erhalten das ERG von einer öffentlichen Agentur kostenlos zugeteilt. Diese Methode wirkt umfassend und nicht nur punktuell, wie dies bei ordnungspolitischen Maßnahmen der Fall ist. Und sie führt für Menschen ohne Einkommen oder mit geringem Einkommen und für Menschen, die besonders ökologisch leben, zu zusätzlichen Einnahmen. Die vorgestellte Methode hat nicht nur eine Lenkungsfunktion, wie z.B. die Ressourcen- oder die CO<sub>2</sub>-Steuer, sondern sie ermöglicht eine zielgenaue Reduzierung des Ressourcenverbrauchs. Es ist wohl die einzige bekannte marktwirtschaftliche Methode, die ohne eine Verteuerung der Ressourcen und damit unter Wahrung der sozialen Gerechtigkeit, zu einer konsequenten, steuerbaren Reduzierung des Energieressourcenverbrauchs führt und sie bewirkt zusätzlich auch eine allgemeine Reduzierung des Natur- und Rohstoffverbrauchs. Sie ist daher allen anderen Methoden überlegen.

Die hier vorgestellte Lösung ist kein Ersatz für alle anderen Vorschläge, die schneller einführbar sind, sie ist vielmehr ein weiterer erforderlicher Schritt, damit der Klimawandel sozial gerecht auf ein erträgliches Ausmaß begrenzt werden kann, um den nachfolgenden Generationen eine Zukunftschance zu ermöglichen.

Dieser Vorschlag erfüllt weitere wichtige Kriterien: Er führt auch bei nationaler Einführung nicht zu Wettbewerbsverzerrungen, er ist mit den WTO-Regeln kompatibel und er ist mit angemessenem Aufwand realisierbar.

**Die zwei wichtigsten Vorteile dieser Methode sind die soziale Ausgewogenheit und die Transparenz des Energierohstoffverbrauchs für alle Produkte. Dies erlaubt allen Menschen, den Produzenten und den Konsumenten, individuell zu entscheiden, wie sie ihren eigenen, dringend erforderlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen. Dieser Verantwortung kann sich niemand entziehen.**

Und noch ein Wort für diejenigen, die der Meinung sind, dass der Klimawandel nicht durch den hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß verursacht wird: Auch wenn das zutreffen würde, sind wir gezwungen, den (Energie-) Ressourcenverbrauch drastisch zu drosseln, denn die Vorräte gehen in absehbarer Zeit zur Neige. Dies wird zu dramatischen Preissteigerungen und zu immer mehr Kriegen um die Verteilung der knappen Ressourcen führen. Wir können uns drehen und wenden wie wir wollen, wir müssen unsere Wirtschaftsweise zukunftsfähig gestalten und dazu verhilft uns die hier vorgelegte Konzeption.

## 1. Die Problemstellung

Der Klimawandel, der in vollem Gange ist, erfordert eine rasche und konsequente Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sowie der anderen klimaschädlichen Gase, wie z.B. Methan und Lachgas. Nach den Berichten des UNO-Klimarates (IPCC) steht die Bewohnbarkeit großer Teile der Erde auf dem Spiel. Der Klimawandel ist von uns Menschen verursacht, vor allem durch die Wirtschaftsweise und die Konsumgewohnheiten in den Industrieländern und in zunehmendem Maße auch in den Schwellenländern. Nach den Berechnungen des IPCC müssen wir innerhalb der nächsten 40 Jahre weltweit den jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf 2 t/Person reduzieren. In Deutschland beträgt z.Z. der Ausstoß an CO<sub>2</sub> und anderen klimaschädlichen Gasen 12,3 t/Person. Das bedeutet, dass wir jedes Jahr den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 4,4 % reduzieren müssen. Das ist eine fast dreimalige Halbierung alle 15 Jahre. Die Lösung dieses Problems ist vermutlich die größte Herausforderung für die Menschheit, vor die sie je gestellt wurde.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, sind neben einem veränderten Konsumverhalten neue Produktionsmethoden und neue Produkte erforderlich, die sowohl bei der Herstellung als auch beim Gebrauch einen immer geringeren Ressourcenverbrauch verursachen, insbesondere den Verbrauch von Energierohstoffen. Der Umstieg auf Atomenergie ist dabei keine Lösung, da hier andere aber ebenso große Gefährdungspotentiale bestehen, außerdem sind die nutzbaren Reserven an spaltbarem Material ebenfalls begrenzt.

Niemand kann heute sagen, wie dieses Ziel von 2 t CO<sub>2</sub>/Person erreicht werden kann, wir wissen nur, dass es unumgänglich ist. Möglicherweise ist diese Reduzierung noch nicht einmal ausreichend, um die Erde für uns Menschen bewohnbar zu erhalten. Große Unwägbarkeiten liegen vor allem in der Gefahr des Auftauens der Permafrostböden, wodurch dann große Mengen an Methan freigesetzt werden, ein Gas, dessen Wirkung auf den Klimawandel 24-mal stärker ist als CO<sub>2</sub>.

Viele der bisher vorgeschlagenen Maßnahmen, wie z.B. ein Tempolimit auf Autobahnen, bessere Wärmedämmung aller Gebäude, Verbot von Standby-Schaltungen, Vorschrift der ausschließlichen Verwendung von Energiesparlampen und energiesparender Pumpen, Nutzung der Solarwärme, weiterer Ausbau der Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien, die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Pkw unter 130 g/km, die Verbesserung des ÖPNV und die Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene sind alles richtige Maßnahmen und müssen deshalb möglichst schnell eingeführt werden, nur erreichen wir damit noch bei weitem nicht die erforderliche Reduzierung des Ausstoßes an Treibhausgasen.

Ordnungspolitische Maßnahmen haben zwar eine unmittelbare Wirkung, aber nur punktuell; sie können nicht das gesamte Einsparpotential ausschöpfen, da es unmöglich ist, alle Vorgänge, bei denen Energie verbraucht wird, zu reglementieren.

Es gibt auch Vorschläge für marktwirtschaftlich wirkende Lenkungsmaßnahmen, wie z.B. die Ausweitung der Autobahnmaut auf alle Gütertransporte oder sogar auf Pkws und seit 30 Jahren gibt es den Vorschlag der Besteuerung aller natürlichen Ressourcen und seit kürzerer Zeit gibt es den Vorschlag der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer. Diese Steuern würden dann nach einem vorbestimmten Plan stufenweise erhöht, um so die Rationalisierung des Ressourceneinsatzes bzw. die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu bewirken.

Solche marktwirtschaftlich wirkenden Maßnahmen zur Erzielung der Zukunftsfähigkeit haben alle nur Lenkungsfunktionen. Das heißt, sie bewirken Schritte in die richtige Richtung, es ist jedoch zu befürchten, dass alle diese Maßnahmen jetzt nicht mehr ausreichen, um rechtzeitig die erforderliche Reduzierung zu erreichen, vor allem deshalb, weil Personen mit höheren Einkommen immer noch die Möglichkeit haben, ihren Luxusverbrauch zu bezahlen. Ein

weiterer Nachteil besteht darin, dass die mit der Besteuerung einhergehende Verteuerung der Rohstoffe und der daraus produzierten Produkte Menschen mit geringeren Einkommen in die Armut stürzen würde.

Zur Vermeidung dieses Nachteils wird vorgeschlagen, die Einnahmen aus dieser Besteuerung an alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Höhe wieder auszuzahlen. Das würde zwar den sozialen Nachteil der Besteuerung wieder aufheben, weil alle Personen mit geringerem Einkommen und dadurch auch geringerem Energieverbrauch eine „Bonus“ erhalten würden, gleichzeitig würde aber diese Rückerstattung auch die Wirksamkeit der Maßnahme reduzieren.

Die von der EU eingeführte Ausgabe von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten an die Großverbraucher und der Handel mit diesen Zertifikaten ist ein Ansatz, der den CO<sub>2</sub>-Ausstoß limitieren und reduzieren kann, allerdings nur bei den Großverbrauchern, was weniger als 50 % des Gesamtvolumens an klimaschädlichen Gasen erfasst. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Verkehrs, des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie, der Handwerksbetriebe, des Handels, der Landwirtschaft und der Haushalte wird damit nicht erfasst, eine Reduzierung wird nur indirekt über den Effekt der Preissteigerung erzielt. Bei dieser Methode gibt es 3 Ursachen für die Preissteigerung: 1. Der Preis für die CO<sub>2</sub>-Zertifikate, wenn diese versteigert werden; 2. durch Investitionskosten, die zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoß aufgewendet werden; 3. die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate hat die Wirkung einer Angebotsverknappung. Angebotsverknappungen führen immer zu erheblichen Preissteigerung, Extraprofiten und Spekulationsgewinnen. Wenn es zur Rückerstattung der Einnahmen aus der ins Auge gefassten Versteigerung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate kommen würde, könnten nur die dadurch entstehende Preissteigerung kompensiert werden, die übrigen Ursachen der Preissteigerungen müssten von allen KonsumentInnen getragen werden, was die Menschen mit geringen Einkommen in Armut stürzen würde.

Die Ausgabe von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten wäre nur dann wirkungsvoll, wenn für alle Energierohstoffe, die importiert, gefördert oder geerntet werden, CO<sub>2</sub>-Zertifikate erworben werden müssten. Wenn dann die Ausgabe der Zertifikate von Jahr zu Jahr reduziert und damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß limitiert würde, wäre seine Reduzierung erzwingbar, sie wäre aber mit noch gravierenderen sozialen Folgen behaftet.

Für Deutschland hat der CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel noch einen weiteren Nachteil. Da wir in Deutschland wesentlich mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen als z.B. unser Nachbar Frankreich, besteht die ganz reale Gefahr, dass Unternehmen der Stahl-, Papier- und Zementindustrie aber auch der Stromerzeugung nach Frankreich abwandern und uns deshalb Arbeitsplätze verloren gehen, ohne damit den Klimaschutzziele näher zu kommen, im Gegenteil, es würde dann wegen der längeren Transportwege noch mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen.

## **2. Das grundsätzliche Problem: Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif**

Die Maßnahmen zur Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs und die Entwicklung neuer, energiesparender Produkte und Produktionsverfahren erfordern hohe Investitionen und damit viele zusätzliche Arbeitskräfte. Dies hat zunächst den Vorteil, dass dadurch die Arbeitslosigkeit abnimmt. Dies bedeutet aber auch, dass die Preise für viele Produkte ansteigen, weil sie höhere Investitionen erforderten, die nicht (zumindest nicht in vollem Umfang) durch den geringeren Ressourcenverbrauch kompensiert werden können. Wenn es anders wäre, wenn sich die Investitionen „rechnen“ würden, hätten die Unternehmen schon lange diese Investitionen getätigt. Ganz gleichgültig mit welchen der bisherigen Konzepte die Ökologisierung unserer Wirtschaftsweise eingeleitet wird, sie ist immer mit höheren Kosten verbunden. Für Gutverdienende ist dies kein Problem, sie können die höheren Preise leicht

„verschmerzen“, für Kapitalbesitzer ist es sogar von Vorteil, denn ihre Einkünfte werden wegen des höheren Kapitalbedarfs steigen. Für Menschen mit geringem Einkommen führen jedoch die höheren Preise zu nicht zumutbaren Belastungen, obwohl ihr Ressourcenverbrauch wegen der geringeren Kaufkraft deutlich niedriger ist als die der Reichen. Der höhere Ressourcenverbrauch der Reichen benachteiligt die Ärmere, weil dadurch noch mehr Investitionen in den Klimaschutz erforderlich sind und dadurch die Preise stärker steigen.

Mit den bisher hier vorgestellten und in der Öffentlichkeit diskutierten Lösungsansätzen sind die Klimaschutzziele, unter Wahrung der sozialen Gerechtigkeit und in der gebotenen Kürze nicht zu erreichen. Selbst wenn versucht würde, den Klimaschutz nur mit ordnungspolitischen Maßnahmen, also mit Vorschriften, zu erreichen, (was mit Sicherheit nicht möglich sein wird), würde das ebenfalls zu höheren Preisen führen, die ebenso einen sozialen Ausgleich erfordern würden. Ein Ausgleich wäre bei dieser Lösung sogar schwieriger, da hier keine zusätzlichen Einnahmen aus Ressourcen- bzw. CO<sub>2</sub>-Steuern oder aus dem Verkauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten entstehen.

Es ist ein neues System erforderlich, das folgende Anforderungen erfüllen muss:

1. Es darf die Energie bei unterem und mittlerem Verbrauch nicht verteuern und es muss für diesen Personenkreis die durch Klimaschutzinvestitionen bedingte Preissteigerung ausgleichen.
2. Es muss bei allen Produkten und Dienstleistungen die volle Transparenz über die bei ihrer Herstellung verbrauchte Menge an Energierohstoffen ermöglichen (tatsächlicher Energie-„footprint“), damit wir alle, als Konsumenten und als Produzenten, mit unserer ganzen Kreativität unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten können.
3. Es muss die Limitierung des Energieverbrauchs, bzw. des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ermöglichen.

Diese Zielsetzung wird mit dem System, das nun vorgestellt wird, in vollem Umfang erreicht.

### **3. Das Konzept der Ausgabe von Energieressourcengeld (ERG) an alle Konsumenten**

Ob wir es wahr haben wollen oder nicht, es ist leider so, dass wir Menschen in den Industriestaaten uns und die gesamte Menschheit durch unsere inzwischen weltweit verbreitete Wirtschaftsweise in eine solch prekäre Lage manövriert haben, aus der wir nur noch mit eiserner Disziplin und Solidarität herauskommen können. Die Lage ist sehr ernst, aber noch nicht hoffnungslos.

Ähnlich wie bei der Ausgabe von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten an die Energiekonzerne und die Großverbraucher kann auch bei diesem Konzept der Verbrauch an Energieressourcen und damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß limitiert werden. Aber nicht indem ihr Verbrauch auf der Angebotsseite eingeschränkt wird, sondern auf der Nachfrageseite. Dadurch kommt es nicht zu der Preissteigerung durch die Angebotsverknappung, es ist eher damit zu rechnen, dass dadurch die Preise für Energierohstoffe sinken werden, da die Nachfrage zurückgehen wird.

Der zweite große Unterschied und Vorteil besteht darin, dass mit diesem System alle Bereiche der Wirtschaft erfasst werden und nicht, wie bei der Ausgabe von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, nur knapp die Hälfte, nämlich die Energiewirtschaft und die Großverbraucher.

Der dritte Vorteil liegt darin, dass es mit diesem System kaum zu Arbeitsplatzverlagerungen kommen wird, wie das durch die unterschiedliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate zu erwarten ist. Vereinzelt wird es jedoch auch in diesem System zu Betriebsverlagerungen

kommen, aber nur dann, wenn dadurch der Gesamt- CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert werden kann, z.B. wenn Aluminium in Island hergestellt wird, wo der elektrische Strom zu 100 % aus der Erdwärme erzeugt werden kann.

Der vierte und größte Vorteil liegt darin, dass mit diesem System alle Menschen mit ihrer ganzen Kreativität ihren Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten können (und auch müssen), weil bei allen Produkten eine vollständige Transparenz über den dafür erfolgten Einsatz von Energierohstoffen erreicht wird. Es wird dann auch keine Fehlentwicklungen mehr geben, wie dies bei der Nutzung von Rapsöl als Treibstoff geschieht, wenn dieses Rapsöl nicht mit Methoden des Biolandbaus, also mit wenig Energieaufwand, hergestellt wird.

Treibhausgase entstehen vor allem durch die energetische Nutzung der fossilen Rohstoffe. Sie entstehen aber auch bei Vorgängen, die nicht der Energiegewinnung dienen, z.B. bei chemischen Verfahren, bei der Verrottung von Müll und in der Landwirtschaft. Laut einer Statistik der Agenda 21 entstehen in Deutschland außerhalb der energetischen Nutzung von kohlenstoffhaltigen Brennmaterialien so viel Treibhausgas pro Jahr, das in seiner Klimaschädlichkeit einer CO<sub>2</sub>-Menge von 181 Millionen Tonnen entspricht. Das ist mehr als wir ab dem Jahr 2050 insgesamt an CO<sub>2</sub> und anderen klimaschädlichen Gasen ausstoßen dürfen. All diese Vorgänge müssen kontrolliert und begrenzt werden, um den Klimaschutzanforderungen gerecht zu werden. Eine hohe Umweltbelastung und Gefährdung entsteht aber auch bei der Nutzung der Kernenergie, sie muss daher ebenfalls in dieses System integriert werden.

Und so muss man sich das System vorstellen:

Zu Beginn wird von einer öffentlich-rechtlichen Energieagentur für jeden Energierohstoff festgelegt, wie viel ERG pro Tonne oder pro Kubikmeter eines Energierohstoffs zu entrichten ist. Sie wird dabei die Menge des Ausstoßes von Treibhausgasen und weitere Umweltbelastende Kriterien berücksichtigen. Zusätzlich muss auch die Menge der klimaschädlichen Gase erfasst werden, die bei nichtenergetischen Prozessen und in der Landwirtschaft entstehen.

Aus der bekannten Menge der verbrauchten Energierohstoffe, also Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Erdgas, Biomasse (Holz), Biogas und Kernbrennelemente, sowie des Volumens der zusätzlich entstehenden klimaschädlichen Gase, ist das Gesamtvolumen des in einem Jahr zu bezahlenden ERG bekannt.

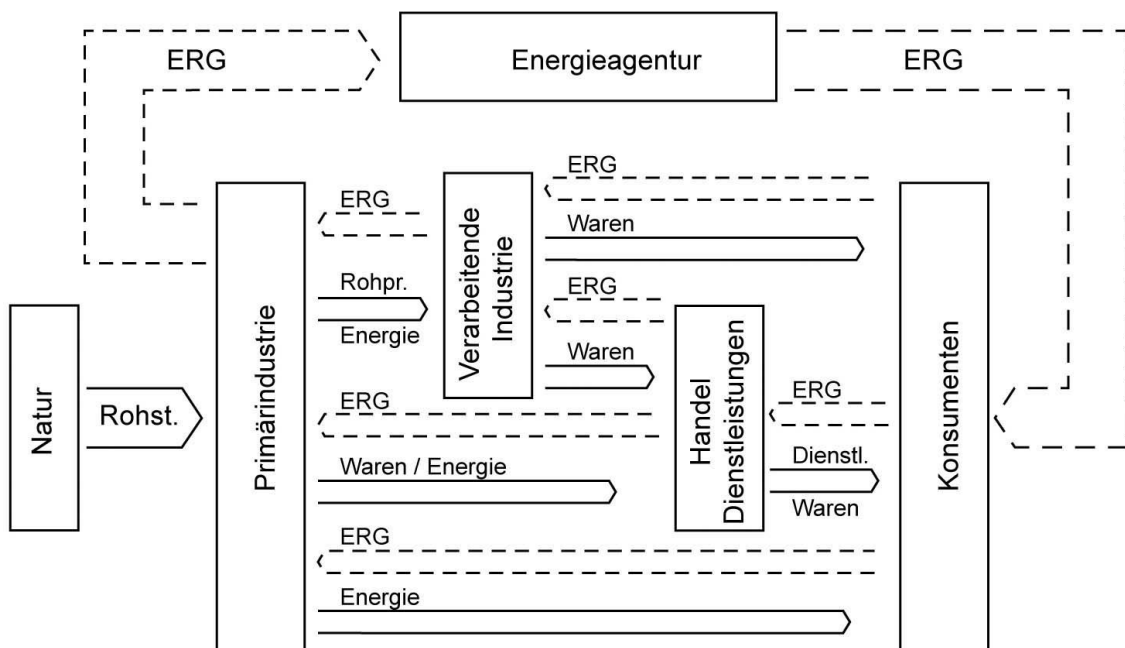
Diese ermittelte Menge an ERG wird an alle Bewohner/innen zu gleichen Teilen und an die öffentlichen Haushalte verteilt. (Möglicherweise erhalten Kleinkinder und Kinder unter 18 Jahren, sowie Rentner/innen weniger ERG, dies ist für den Augenblick aber nicht erheblich.) Die Ausgabe kann jährlich, quartalsweise oder monatlich erfolgen.

Wenn nun ein Kraftwerk, eine Raffinerie, ein Industriebetrieb, ein Stahl- oder Zementwerk, ein Brennstoffhändler oder andere Energieumwandler Energierohstoffe kaufen, dann müssen sie diese nicht nur mit Euro bezahlen, sondern sie müssen zusätzlich die von der Energieagentur dafür festgelegte Menge an ERG entrichten. Für die daraus erzeugten Produkte und Dienstleistungen müssen sie neben dem Euro-Preis auch den erforderlichen, anteiligen ERG-Preis kalkulieren, also den Betrag an ERG, den sie für den erneuten Einkauf der erforderlichen Energierohstoffe benötigen. Ebenso muss für die in der Landwirtschaft und bei

chemischen Prozessen entstehenden klimaschädlichen Gase ERG abgeführt und beim Verkauf der erzeugten Produkte entsprechend eingefordert werden

In jeder Produktionsstufe sind die ERG-Preise so festzulegen, wie sie für die Vorprodukte und die genutzten Serviceleistungen angefallen sind. Jedes Produkt und jede Dienstleistung hat dann nicht wie bisher zwei Preisangaben, den Euro-Preis und die Mehrwertsteuer, sondern noch zusätzlich den ERG-Preis.

### Kreislauf des Energie-Ressourcen-Geldes (ERG)



Die Endverbraucher bezahlen bei ALLEN Produkten und Dienstleistungen den für ihre Erzeugung und Bereitstellung erforderlichen Anteil an Energierohstoffen mit dem ihnen von der Energieagentur ausgegebenem ERG.

Damit bei Barzahlungen, insbesondere bei kleineren Rechnungsbeträgen nicht jedes Mal ein sehr kleiner ERG-Betrag verrechnet und abgebucht werden muss, können Einzelhändler oder Dienstleister, z.B. Bäckereien, Metzgereien, Gaststätten und Taxis, den ausgewiesenen ERG-Betrag in den Euro-Preis einrechnen. (Weitere Details werden weiter unten erläutert.)

Von Jahr zu Jahr wird die Menge des ausgegeben ERG reduziert. Anfangs werden die Reduzierungsschritte kleiner sein müssen, da die Wirtschaft und die Verbraucher Zeit benötigen, um sich über ihre Einsparpotentiale im Klaren zu werden, außerdem wird in vielen Fällen zunächst der Einsatz von mehr Energieressourcen erforderlich, um insgesamt Energie zu sparen. Typische Beispiele dazu sind die energetische Sanierung von bestehenden Gebäuden. Später können und müssen die Schritte größer werden, um das erforderliche CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel zu erreichen.

#### **4. Die sozialen Auswirkungen dieses Systems**

Das Bruttoeinkommen aller privaten Haushalte in Deutschland betrug 2005 1492 Mrd. €/Jahr. Das sind im Durchschnitt etwa 18 000 € / Person (einschließlich Kinder und Jugendliche). Da die Ausgabe der Menge des ERG dem insgesamt aufzuwendenden ERG entspricht, kann man davon ausgehen, dass sich für jede Person, die eine Kaufkraft von 18 000 € / Jahr und ein durchschnittliches Konsumverhalten (also einen durchschnittlichen Energieverbrauch) hat, im ersten Jahr keine Veränderung ergibt. (Für eine dreiköpfige Familie liegt dieser Betrag bei 54 000 €.) Verbraucher mit durchschnittlichem Energieverbrauch müssen „nur“ von Jahr zu Jahr ihren persönlichen Schadstoffausstoß um den Betrag der gekürzten ERG-Ausgabe reduzieren. Dies wird ihnen erleichtert, da die Unternehmen Produktionsverfahren und Produkte entwickeln werden, die mit immer weniger Energierohstoffen auskommen, so dass die oben beschriebenen durchschnittlichen Konsumenten nur einen Teil ihres Reduktionszieles durch geeignete Investitionen oder durch eine Änderung ihres Konsumverhaltens erreichen müssen.

Unternehmen, die diese Einsparung nicht leisten, werden sehr bald aus dem Geschäft ausscheiden, weil die Konsumenten solche Produkte bevorzugen werden, für die sie weniger ERG bezahlen müssen.

Alle Personen mit mehr als 18 000 € Kaufkraft (und entsprechend höherem Konsum) können zunächst ihre Euro nicht mehr in voller Höhe für Konsum nutzen, da ihnen das zugeteilte ERG nicht ausreichen wird. Sie müssen einen Teil ihrer Euro-Kaufkraft zum Umtausch in ERG verwenden. Dadurch erhält das ERG einen Umtauschwert in Euro. Die Haushalte mit höheren Einkommen werden aber auch zusätzliche Investitionen tätigen, damit sie in Zukunft mit weniger Energierohstoffen, bzw. mit weniger ERG auskommen. Genau das ist gewollt.

Alle Einzelpersonen, die weniger als 18 000 € zur Verfügung haben (mit entsprechend geringerem Konsum) können ihr zugeteiltes ERG nicht in voller Höhe ausgeben, da ihnen die erforderlichen Euro fehlen. Sie können einen Teil ihres kostenlos erhaltenen ERG gegen Euro umtauschen und erhöhen so ihr verfügbares Einkommen.

Das bedeutet: Es findet eine Umverteilung von oben nach unten statt! Die Ausgabe von ERG hat dadurch die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das nicht der Staat mit Steuern finanzieren muss, sondern allein von den Vielverbraucher/innen aufgebracht werden muss.

Mit zunehmender Verknappung der Menge an ERG wird der Wechselkurs für das ERG in Euro steigen, man bekommt also mehr Euro für das ERG. Dies ist erwünscht, um so den Druck zur Senkung des Energieverbrauchs zu steigern. Der höhere Erlös für das ERG ist auch aus sozialen Gründen erforderlich, um die Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen zu entlasten, denn wegen des höheren Konsum- und Energieverbrauchs der Vermögenden müssen von den Unternehmen stärkere Anstrengungen zur Energieeinsparung unternommen werden, was mit höheren Produktpreisen verbunden sein wird. Die höheren Preise wären für die Menschen mit geringem Einkommen ein Problem, wenn es nicht diesen gerechten Ausgleich über den Umtausch der ERG gäbe.

Dieser Lösungsansatz hat dadurch eine vierfache soziale Wirkung:

1. Er erhöht die Kaufkraft der Menschen mit geringem Einkommen
2. Für Personen mit überdurchschnittlich hohem Verbrauch an Energie steigt der Preis progressiv, das ist in hohem Maße gerecht
3. Die erzwungene Reduzierung des Verbrauchs an Energierohstoffen wird dazu führen, dass die Marktpreise für Energierohstoffe zumindest langsamer steigen, vielleicht stagnieren oder sogar sinken

4. Bei diesem Lösungsansatz wird die Ökologisierung der Wirtschaft durch Einsparungen beim Energieressourcenverbrauch, durch sinkende Kosten für die Arbeitslosigkeit und von den Besserverdienenden und Vermögenden finanziert.

Die Wirkung dieses Vorschlags ist so in allerhöchstem Maße gerecht, denn für die Nutzung der natürlichen Ressourcen, im Besonderen der Energieressourcen, haben alle Menschen, die heute und die zukünftig lebenden, das gleiche Anrecht. Deshalb ist es nicht übertrieben, wenn man sagt, dass jeder Verbrauch von nicht nachwachsenden Rohstoffen einer Enteignung späterer Generationen gleichkommt. Deswegen kann der Verbrauch dieser Ressourcen nicht frei sein und es ist gerecht, wenn ein überdurchschnittlicher oder gar verschwenderischer Verbrauch mit steigenden Kosten verbunden ist.

### **5. Vorschläge zur praktischen Umsetzung**

Die Einführung dieses Systems bedarf einer Übergangszeit, um die Aufwendungen zu reduzieren und um kurzfristige Konjunktursprünge und Anpassungsverluste zu vermeiden. Es wird vorgeschlagen, das System in 3 Phasen über einen Zeitraum von etwa 4 - 5 Jahren einzuführen.

Vorbereitungsphase:

Diese Phase wird etwa 1 - 2 Jahr dauern.

Zuerst legt die Agentur fest, wie viel ERG die Unternehmen für eine Tonne oder einen Kubikmeter der einzelnen Energierohstoffe zu entrichten haben und sie erfasst die Produkte, bei deren Bereitstellung ebenfalls Treibhausgase entstehen. Die Unternehmen können dann im Laufe dieser Vorbereitungsphase ermitteln, wie viel ERG auf die einzelnen Produkte entfallen. Die nachfolgenden Fertigungsstufen erfahren so, welchen ERG-Preis sie weiterberechnen müssen. So ermittelt sich mit wenig kalkulatorischem Aufwand der dem Kunden zu verrechnende ERG-Preis.

Übungs- und Anpassungsphase:

Für diese zweite Phase sollten etwa 3 Jahre angesetzt werden.

In dieser Zeit gibt es noch keine Ausgabe von ERG, aber die Unternehmen üben bereits die ERG-Verrechnung und die Kunden lernen mit dem System umzugehen. Produzenten und Verbraucher sehen wofür sie wie viel ERG benötigen und können ganz gezielte Investitionen zur Reduzierung des Verbrauchs an Energieressourcen vornehmen.

In dieser Phase können die Unternehmen die ERG-Preiskalkulation verbessern, z.B. durch die Berücksichtigung von Abschreibungen. Auch die Banken können die erforderlichen Veränderungen vornehmen. Damit Rechnungen mit einem einzigen Überweisungsvorgang bezahlt werden können, müssen die Banken neue Überweisungsformulare einführen, in die der Euro- und der ERG-Betrag eingetragen werden können. Die Kredit- und EC-Karten sind ebenfalls so zu verändern, dass mit einem Abbuchungsvorgang beide Beträge übertragen werden. Für Personen ohne ein Bankkonto (falls es das noch gibt) können elektronische ERG-Karten ausgegeben werden, auf denen das persönliche ERG-Guthaben gespeichert ist.

In dieser Zeit kann auch der Verteilungsschlüssel verifiziert werden und es wird ermittelt, wie viel ERG die Unternehmen beim Start zur Verfügung haben müssen, damit es keine Liquiditätsempässe an ERG gibt.

Es ist sehr gut möglich, dass diese Übergangsphase, in der zwar schon die volle Transparenz besteht, aber noch kein ERG im Umlauf ist, sogar verlängert werden kann, weil sowohl die

Unternehmen, wie auch die Konsumenten die gewünschten und erforderlichen Maßnahmen vornehmen, die zu einem immer geringeren Verbrauch an Energieressourcen und CO<sub>2</sub>-Ausstoß führen. Voraussetzung für diese erfolgreiche Reduzierung ist jedoch, dass von Anfang an bekanntgegeben wird, in welchen Schritten die Zuteilung an ERG reduziert wird.

Eine weitere Aufgabe der Energieagentur ist die Bewertung der Importprodukte. Die WTO-Regeln verlangen eine Gleichbehandlung, die Bewertung muss daher den Herstellvorgang und den Transport berücksichtigen. Diese Aufgabe sollte bis zum Ende der zweiten Phase abgeschlossen sein. Damit in der Übungs- und Anpassungsphase auch schon realistische Werte zur Verfügung stehen, wird man zunächst mit Schätzwerten beginnen. Beim Export erhalten die Exporteure den ERG-Preis von der Energieagentur erstattet.

Die endgültige Einführung des ERG-Systems:

Nach den beiden Einführungsphasen wird das System in seiner endgültigen Weise eingeführt. Das ERG wird von der Energieagentur in regelmäßigen, vorgegebenen Abständen auf das persönliche ERG-Konto aller Bürger/innen, das von den Banken parallel zum Euro-Konto geführt wird, überwiesen. Ebenso erhalten die öffentlichen Haushalte das ihnen zustehende ERG.

Der Wechselkurs des ERG zum Euro ergibt sich über Angebot und Nachfrage. Der Handel wird über die Banken und die Energieagentur abgewickelt.

Um kurzfristige Wechselkursschwankungen zu vermeiden, wird von der Energieagentur täglich oder wöchentlich der An- und Verkaufspreis festgelegt.

In den ersten Jahren nach der Einführung des ERG können private und öffentliche Haushalte bei der Energieagentur ERG-Kredite aufnehmen, damit sie energiesparende Investitionen tätigen können. Mit dem Kreditnehmer ist zu vereinbaren, in welchem Zeitraum der ERG-Kredit von der regelmäßigen Ausgabe des ERG abzuziehen ist. ERG-Zinsen gibt es nicht. Die Erhebung von Zinsen ist nur im kapitalistischen Denken verwurzelt. Im ERG-System ist dafür kein Platz.

Beim Sparen von Euros kann die gleichzeitige Ansparung von ERG vorteilhaft sein, da Kreditnehmer nur dann Euro-Kredite uneingeschränkt nutzen können, wenn sie auch das für eine Investition erforderlichen ERG erwerben können. Auch beim Eigenverbrauch der gesparten Euro, für eine größere Anschaffung, wie z.B. ein Auto oder für energiesparende Investitionen, ist ein größerer Betrag an ERG erforderlich.

In den ersten Jahren der Einführung des ERG können (und müssen) auch Unternehmen für größere Investitionen ERG-Kredite aufnehmen, die sie in der Abschreibungszeit an die Energieagentur zurückerstatten müssen. Zu diesem Zweck wird die Energieagentur einen Anteil des Volumens an ERG, das in den Umlauf gebracht wird, einbehalten.

Ein großer Vorteil dieses Systems liegt darin, dass für die Anstellung von Arbeitskräften kein ERG benötigt wird, wohl aber für Investitionen, für die Energie verbraucht wurde. Dies wird den Abbau der Arbeitslosigkeit weiter beschleunigen.

Um Spekulationen zu unterbinden, wird es Einschränkungen beim Verkauf von angespartem ERG geben müssen. Denkbar ist, dass das gesparte ERG für immer den Handelspreis behält, der dem durchschnittlichen Preis im Zeitraum seiner Ausgabe entsprach, oder dass ERG nur noch innerhalb weniger Monate des Folgejahres in Euro getauscht werden kann. Der Eigenverbrauch bleibt von dieser Einschränkung natürlich unberührt.

Beim Verkauf von gebrauchten Immobilien, Fahrzeugen und anderen Gegenständen kann der entsprechende, restliche ERG-Betrag mit verrechnet werden, jedoch nur bei Gütern, für die ursprünglich ein ERG-Betrag bezahlt wurde.

## 6. Der einzige Nachteil des ERG-Systems

So wie es kein Perpetuum mobile geben kann, gibt es auch für die Erzielung einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise keinen Lösungsweg ohne Nachteile.

Der einzige Nachteil des hier vorgeschlagenen Lösungsansatzes liegt darin, dass der Verrechnungsaufwand steigt. Die Unternehmen müssen bei der Preiskalkulation den Energieressourcenaufwand, bzw. den erforderlichen ERG-Preis, separat ausweisen. Bei der heutigen Kalkulation müssen sie die Energiekosten zwar auch schon kalkulieren, aber nicht mit der Gründlichkeit, wie das bei diesem System erforderlich ist. Dieser Aufwand entsteht jedoch nur bei der Einführung des Systems und bei neuen Produkten. Da aber die Einführung mit einer Übergangszeit von 4 - 5 Jahren erfolgt, wird der Kalkulationsaufwand ganz erheblich reduziert. In dieser Zeit werden in den einzelnen Fertigungsstufen die tatsächlich benötigten ERG-Aufwendungen registriert und der nachfolgenden Produktionsstufe in Rechnung gestellt. Da bei der Berechnung der ERG-Preise keine ERG-Gewinne zu kalkulieren sind, müssen die nachfolgenden Fertigungsstufen nur die zuvor in Rechnung gestellten Beträge aufaddieren. Der Kalkulationsaufwand ist dadurch sehr gering. Es bleibt dann nur noch der Nachteil der separaten Rechnungsstellung. Da diese aber elektronisch abgewickelt wird, entsteht dabei praktisch gar kein zusätzlicher Aufwand.

Effektiven Mehraufwand haben die Einzelhändler, Gastronomen und Taxiunternehmen, die regelmäßig Euro gegen ERG umtauschen müssen und zwar in der Höhe, wie sie bei bar zahlenden Kunden anstatt des ERG-Betrages Euro verrechnet haben.

## 7. Dem Nachteil stehen viele Vorteile gegenüber

Diesem Nachteil der separaten Rechnungsstellung stehen sehr viele und sehr große Vorteile gegenüber. Diese sind:

1. Die Sicherstellung der **sozialen Gerechtigkeit**: Der Preis für die Energie steigt mit diesem System nicht an. Geringverdiener werden daher nicht zusätzlich belastet, im Gegenteil: Menschen mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen, können gar nicht ihr gesamtes ERG verwenden, da ihnen die Euros fehlen. Sie können einen Teil ihres ERG in Euro umtauschen und erhalten so ein zusätzliches Einkommen. Die Ausgabe von ERG hat so die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens.
2. **Die Effektivität**: Das System bewirkt eine freie Entfaltung der Kreativität von Unternehmen und KonsumentInnen zur Senkung des Verbrauchs an Energierohstoffen und es erlaubt eine planbare Absenkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Die Befolgung von Vorschriften, z.B. energetische Sanierung der Gebäude, muss dann bei selbst genutzten Immobilien nicht mehr überprüft werden. Das System verbindet in geradezu idealer Weise die Vorteile der Marktwirtschaft (Selbststeuerung), mit der Durchsetzungskraft von ordnungspolitischen Maßnahmen.
3. **Die maximale Transparenz für die Verbraucher**: Alle wissen ganz genau wie viel Energieressourcen in einem Produkt oder einer Dienstleistung stecken. (Betrug durch falsche Angaben ist ausgeschlossen, weil der Verkäufer das ERG für die Wiederbeschaffung der Vorprodukte benötigt.) Alle KonsumentInnen wissen, wie sie am besten einen Beitrag zur Abwendung des Klimawandels leisten können. Glaubenskriege, z. B. über die Sinnhaftigkeit von Pfandsystemen oder die Verwendung von Agrartreibstoffen,

sind dann überflüssig, denn die ERG-Verrechnung bringt es an den Tag. Und endlich wissen wir, wie viel umweltfreundlicher die Bahn gegenüber dem Auto und dem Flugzeug ist.

4. **Die Transparenz für die Unternehmer:** Sie sehen auf einen Blick, wo sie Energie einsparen können und müssen und über die Angebote sehen sie, was die effektivste Alternative ist. Die Konkurrenz und die geringere Verfügbarkeit von ERG zwingen sie zum konstruktiven Handeln. Lobbyismus wird zwecklos.
5. **Die Transparenz bei der Suche nach den zukunftsfähigsten Energiesystemen:** Es wird keinen Streit mehr geben, ob die Windkraft oder die Photovoltaik wirklich umweltfreundlich sind, auch da liefert die ERG-Verrechnung die erwünschte Transparenz. Dasselbe gilt für alle anderen erneuerbaren Energien.
6. **Die allumfassende Wirksamkeit:** Wie bei keinem anderen Lösungsansatz werden hier alle Bereiche des Wirtschaftslebens erfasst. Dieses System hat eine direkte, nicht zu umgehende Wirksamkeit bei der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und des Energieverbrauchs und eine indirekte Wirkung für alle anderen Ressourcen, einschließlich des Landschaftsverbrauchs, denn der Bau von Straßen und Häusern ist immer mit hohem Energieverbrauch verbunden; die jährlich sinkende Ausgabe von ERG wird die Reduzierung des Landschaftsverbrauchs erzwingen. Die Renovierung von Immobilien wird dem Abriss und Neubau vorgezogen werden, da die Produktion von Baustoffen viel Energie erfordert. Auch die Instandhaltung und Reparatur von Geräten wird zur gängigen Praxis werden. Die energieintensive Landwirtschaft wird sich ebenfalls verändern müssen und der ökologische Landbau bekommt neuen Auftrieb. Die Verkehrsbelastung und die damit verbundene Verschmutzung mit Feinstaub sowie die Lärmbelastung werden abnehmen, ebenso der Flugverkehr mit seinen klimaschädlichen Folgen. Dieses System wird zu einer stärkeren Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe führen.
7. **Transparenz bei den importierten Produkten:** Der zusätzliche Energieverbrauch durch die langen Transportwege wird beim ERG-Preis berücksichtigt. Importprodukte haben deshalb nur dann eine Chance, wenn sie bei der Herstellung und/oder bei der Benutzung besonders günstig im Energieverbrauch sind. Dieses System hätte dadurch auch dann eine globale Auswirkung, wenn es nur in Deutschland eingeführt würde.
8. **Abbau der Arbeitslosigkeit:** Die konsequent durchgesetzte Reduzierung des Energieverbrauchs wird zu einem raschen Abbau der Arbeitslosigkeit führen, denn die Ausschöpfung aller Energie-Einsparpotentiale erfordert zusätzliche Arbeitskräfte. Durch diese Politik wird unsere Industrie noch konsequenter in die Entwicklung von zukunftsfähigen Technologien geführt, dies erhöht weiter ihre Chancen auf dem Exportmarkt.
9. Da das ERG-System quasi ein paralleles Geldsystem ohne Zins und ohne Gewinn ist, kann es gleichzeitig als Lernvehikel für eine grundlegende Reformierung unseres heutigen Kapitalismus oder für die Implementierung eines neuen, postkapitalistischen Ökonomiesystems dienen.

## 8. Mögliche Gefahren für die Stabilität der Wirtschaft

Nach so vielen Vorteilen und nur einem Nachteil muss noch einmal kritisch hinterfragt werden, ob es durch die Anwendung des ERG-Systems noch andere mögliche Nachteile und potentielle Gefahren geben kann. Dies soll in der Erörterung und Beantwortung von fünf Fragen erfolgen.

1. Ist es möglich, dass durch die stetige und zügige Reduzierung des ERG die Wirtschaft abgewürgt wird?

Diese Gefahr besteht, aber nur dann, wenn das ERG schneller reduziert wird, als sich die Wirtschaft auf energiesparende Produkte und Verfahren umstellen kann. Dann wäre es in der Tat so, dass Euro nicht für Konsum oder für Investitionen ausgegeben werden könnten, weil das dazu erforderliche ERG fehlt. Es besteht in diesem Fall aber die Möglichkeit, weitere Arbeitskräfte anzustellen, um dem Klimaschutzziel schneller näher zu kommen. Nur das darüber hinaus überschüssige Kapital könnte dann nicht in der realen Wirtschaft verwendet werden und würde dann in die internationalen Finanzmärkte abfließen. Die vorgelegte Konzeption sieht aber genügend Maßnahmen vor, damit das nicht geschieht:

Die Gefahr der Überforderung der Wirtschaft ist zu Beginn der ERG-Einführung am größten, weil in dieser Phase viele neue, energiesparende Investitionen von den Unternehmen und von den privaten Haushalten erfolgen werden, die zunächst eher eine Steigerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bewirken werden. Aus diesem Grund wird eine vier- bis fünfjährige Vorlaufzeit vorgeschlagen und es wird die Möglichkeit der Aufnahme von ERG-Krediten eingeräumt. Mit diesen Maßnahmen werden die ersten zehn bis zwölf Jahre gefahrlos überbrückt. Entscheidend ist, dass sehr schnell und effektiv das gesamte Arbeitskräftepotential für CO<sub>2</sub>-reduzierende Investitionen und Veränderungen genutzt wird, so dass danach rasche Fortschritte in der CO<sub>2</sub>-Reduktion möglich sind. Wichtig ist auch, dass die Energieagentur zwar staatlich bzw. öffentlich-rechtlich ist, aber von der Regierung unabhängig agiert. Dann kann die Agentur sich auf die Erreichung des Klimaschutzziels konzentrieren und dabei auch Flexibilität zeigen und die Regierung muss mit eigenen Investitionen und in Zusammenarbeit mit den Unternehmen dafür sorgen, dass die Unternehmen in der Lage sind, die erforderlichen Investitionen zu tätigen, damit sie die notwendigen CO<sub>2</sub>-Einsparungen schaffen. Zusätzlich sind auch für private Haushalte günstige Euro-Kredite zur Verfügung zu stellen, damit auch sie die erforderlichen Investitionen tätigen können.

2. Besteht nicht die Gefahr, dass ein ausufernder Tank- und Einkaufstourismus entsteht? Diese Gefahr besteht ganz real, zumindest im grenznahen Bereich. Der Tanktourismus führt schon heute dazu, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Statistik kleiner ist als in der Wirklichkeit. Wenn es so weit kommt, dass das ERG-System tatsächlich nur in einem Land eingeführt wird, z.B. in Deutschland, dann ist es nicht auszuschließen, dass das Schengenabkommen, also die freie Passage an den Grenzen, vorübergehend wieder aufgehoben werden muss, private Einkäufe zu deklarieren sind und diese Waren wie normale Importe mit der MwSt und mit der ERG-Abgabe belastet werden, so wie das bis vor etwa 25 Jahren noch der Fall war. Das wäre unangenehm, könnte aber die vielen Vorteile, die dieses System birgt, noch lange nicht aufwiegen.
3. Sind Umstellungs- und Anpassungsprobleme zu befürchten? Das wird es mit Sicherheit geben. Es ist aber überhaupt kein System und keine Lösung denkbar, bei dem es diese Umstellungs- und Anpassungsprobleme nicht gibt. Es wird Branchen geben, die erheblich schrumpfen werden und gleichzeitig große Investitionen tätigen müssen, damit die Unternehmen überhaupt noch im Geschäft bleiben. Die Automobilbranche wird am meisten zu kämpfen haben. Da wird es sich noch bitter rächen, dass die letzten 10 Jahre verschlafen wurden, die Produktion des 3-Liter-Autos eingestellt und dafür allradgetriebene, 2,5 Tonnen schwere, benzinfressende Riesenfahrzeuge entwickelt wurden. Auch die Luftfahrtindustrie und die Luftfahrtgesellschaften werden gewaltige Veränderungen erleben.

Es wird aber auch boomende Branchen geben, nämlich all diejenigen, die mit wenig CO<sub>2</sub>-Ausstoß auskommen, wie z.B. Dienstleistungen aller Art sowie Kunst und Kultur. Aber auch die Industrie für erneuerbare Energien und energiesparenden Technologien wird einen gewaltigen Boom erleben. Es werden auch ganz neue Serviceleistungen entstehen, mit denen die Lebensdauer der Produkte verlängert und so Ressourcen eingespart werden können.

4. Besteht nicht die Gefahr, dass auch das ERG zur Festigung von Monopolen und für Spekulationen missbraucht wird?

Selbstverständlich bestehen auch diese Gefahren. So wie im heutigen System die (kriminelle) Energie und Kreativität für Steuerhinterziehungen und Vorteilsnahme eingesetzt wird, so wird auch dieses neue System gegen Missbrauch verteidigt werden müssen.

Bei einem meiner ersten Vorstellungen dieses Systems wurde ich gefragt, ob es nicht möglich sein könnte, dass finanzstarke Unternehmen versuchen werden, sich dadurch einen Vorteil zu „erkaufen“, in dem sie ERG aufkaufen und dadurch weniger ERG für ihre Produkte verlangen müssen.

Auf diese Frage fiel mir zunächst nur die „Notlösung“ ein, dass man erlassen könnte, dass nur private und öffentliche Haushalte Euro in ERG umtauschen können und vielleicht auch nur bis zu einem Höchstbetrag; Betriebe würden dann vom Umtausch Euro in ERG ausgeschlossen.

Nach weiterem Nachdenken kam ich jedoch zu der Überzeugung, dass für diese Art des Missbrauchs keine Gefahr besteht und zwar aus folgendem Grund:

Die Methode des Zukaufs von ERG werden nur solche Firmen versuchen, deren Produkte einen höheren Verbrauch an Energieressourcen aufweisen als die der Konkurrenz und die deshalb nicht mehr konkurrenzfähig sind. Wenn sie diesen Nachteil durch den Ankauf von ERG ausgleichen wollen, dann müssen sie zwangsläufig den Euro-Preis für ihre Produkte erhöhen, um mit dem erhöhten Euro-Erlös ERG kaufen zu können. Dann sind sie wegen des Euro-Preises ihrer Produkte nicht mehr konkurrenzfähig. Es ist also ein Nullsummenspiel, das dem Unternehmen keine Vorteile bringt. Im besten Fall würde das Unternehmen mit diesem Trick nur eine Umschichtung der Kunden erreichen; es würde die rund zwei Drittel der Bevölkerung mit wenig Euro aber genug ERG als Kunden verlieren und dafür den wesentlich kleineren Kundenkreis mit viel Euro und zu wenig ERG hinzugewinnen. Mit zunehmender Reduzierung des ausgegebenen ERG-Volumens und dem dadurch steigenden Umtauschkurs für das ERG, würde das Unternehmen immer weniger konkurrenzfähig und aus dem Markt ausscheiden.

Die oben geschilderte „Notbremse“ wird deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit nicht benötigt.

5. Besteht die Gefahr der Kapitalflucht?

Auch diese Gefahr besteht grundsätzlich, sie wird aber keine entscheidende Größenordnung erlangen. Man muss dabei bedenken, dass auch in den zurückliegenden Jahren schon jedes Jahr über 100 Mrd. € mehr Kredite ins Ausland gingen, als vom Ausland zu uns flossen, obwohl die internationalen Finanzmärkte überliquide und solide Anlagen Mangelware waren. Der sicherste Beweis dafür ist die Finanzkrise im Zusammenhang mit der geplatzten Immobilienblase in den USA. Es ist kaum zu glauben, in welcher dubiose Geschäfte sich unsere Banken eingelassen haben und nun Milliarden von Verlusten abschreiben müssen. Und selbst deutsche Städte wie z.B. Stuttgart, Pforzheim und Ravensburg haben sich von ihren Banken spekulative Geschäfte mit Zinsderivaten empfehlen lassen und haben jetzt hohe Verluste zu beklagen.

Es ist viel eher damit zu rechnen, dass durch den konsequenten ökologischen Umbau unserer Wirtschaft wieder mehr im Inland investiert wird und dass die Begüterten in den ersten Jahren der Einführung des ERG-Systems die richtigen Investitionen tätigen werden, damit sie danach auch mit weit weniger ERG weiterhin ein komfortables Leben genießen können. Genau das ist das Ziel und dies wird die Kapitalflucht sogar reduzieren, weil dann das Geld-Kapital für Investitionen im Inland gebraucht wird.

Es ist auch denkbar, dass Geld-Kapital in einen Ökologiefond einbezahlt wird, mit dem von staatlichen Stellen Energiesparmaßnahmen unterstützt werden, zu dem die Energieagentur ERG-Kredite dazugeben kann.

Bei der Beurteilung dieser Fragen und bei allen weiteren Fragen, die man sich noch stellen kann, muss man davon ausgehen, dass dieses System erst dann durchsetzbar sein wird, wenn die Probleme so groß werden, dass die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Umsteuerns gesellschaftlicher Konsens wird. Deswegen wird sich gerade die letzte Frage in einigen Jahren ganz anders stellen. Dann werden die Menschen auch einsichtig und sogar zu Opfern bereit sein, weil dann die Einführung des ERG als das kleinere Übel erkannt, akzeptiert und sogar als die gerechteste Methode begrüßt wird. Es ist nur zu hoffen, dass sich diese Einsicht möglichst früh durchsetzt, weil es sonst immer schwieriger wird, die Probleme zu lösen und weil sehr bald der Zeitpunkt erreicht sein kann, wo es tatsächlich zu spät ist.

Vieles deutet darauf hin, dass wir von diesem Konsens gar nicht mehr so weit entfernt sind. So habe ich am 19.11.09 in unserer Tageszeitung gelesen, dass selbst der BDI von der neuen Regierung verlangt, dass sie bei der Klimakonferenz in Kopenhagen „ein strenges Reglement durchsetzen“ soll.

In dieser Zeit der Erkenntnis wird man sich bald danach auch darüber im Klaren werden, dass die Zeit des Wachstums dem Ende entgegen geht, zumindest für die Industrienationen. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, sehr bald unsere Produktions- und Wirtschaftsweise so umzustellen, dass wir anfangs große Fortschritte bei der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes erreichen werden. Je niedriger aber das Niveau des Ressourcenverbrauchs wird, desto schwieriger wird es werden, noch weitere Fortschritte zu machen. Dann wird sich die Erkenntnis verfestigen, dass wirtschaftliches Wachstum definitiv nicht mehr möglich ist, ja wir werden dann möglicherweise sogar erkennen, dass das Klimaschutzziel von 2 t CO<sub>2</sub>/Person nur noch mit geringerem Konsum an industriell gefertigten Produkten zu erreichen ist, was nichts anderes als wirtschaftliche Schrumpfung bedeutet. Dann wird sich herausstellen, dass der Kapitalismus nicht mehr haltbar ist, dass wir ein postkapitalistisches, solidarischeres Wirtschaftssystem benötigen, das auch ohne Wachstum, oder sogar bei wirtschaftlicher Schrumpfung stabil ist und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Dies ist dann die nächste große Reformaufgabe, die es zu bewältigen gilt, die ebenfalls die Zusammenarbeit aller Menschen guten Willens erfordert.